

# GESELLSCHAFT UND SOZIALES

## Ausgangslage

Die rechtskonservativen Kräfte haben heute das Parlament und die Regierung fest im Griff und treiben ihre Abbaupolitik voran. Darunter leiden Familien, verarmte ältere Personen, Junge und Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind.

Den Anliegen einer nachhaltigen und wirksamen Familienpolitik wird nicht Rechnung getragen. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen, die Einfluss auf Familien- und Erziehungsmodelle haben, werden weder anerkannt noch angegangen. Soziale Aufgaben werden nur als Kostentreiber betrachtet und auf ein Minimum reduziert. Eine proaktive und innovative Sozialpolitik im Sinne von sozialen Investitionen in die Zukunft hat keine Chance. Die Krankenkassenprämien steigen jährlich drastisch an. Sie belasten heute das Budget der Wenig- und Normalverdienenden übermässig. Gesellschaftliche Veränderungen finden keinen Eingang in die Politik. Es droht eine Entsolidarisierung der Generationen: Junge Menschen erleben, dass ihre Rechte zunehmend beschnitten und die Erwartungen an sie nur noch hochgeschraubt werden.

Die Abbaulogik der Bürgerlichen ist einfach: Sie nehmen das Geld bei den Menschen, die sich am wenigsten wehren können. Das sind oft auch jene, die aufgrund ihrer Gesundheit, wegen Schicksalsschlägen oder wirtschaftlichen Umwälzungen ihren Lebensunterhalt vorübergehend oder dauerhaft nicht durch Lohnarbeit finanzieren können. Diese Menschen sind auch ein Teil unserer Gesellschaft und haben ein Recht auf ein würdiges Leben.

## Grundziele der SP

### **Wir wollen ein Leben in Würde für alle.**

Ein tragfähiges soziales Netz ist für eine funktionierende und solidarische Gesellschaft die Grundvoraussetzung. Alle haben Anrecht auf soziale Sicherheit. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, verdient eine sichere Altersvorsorge. Die Unterstützung im Alter durch die öffentliche Hand soll nicht als Almosen, sondern als Anerkennung für Leistungen eines ganzen Lebens an die Gemeinschaft verstanden werden (Generationenvertrag).

Familien müssen in ihrer ganzen Vielfalt unterstützt werden. Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. In einer modernen, fortschrittlichen Gesellschaft braucht es neue Modelle des Zusammenlebens der Familie, der Arbeit und der Gemeinschaft. Nur so kann Gleichberechtigung und Gerechtigkeit ermöglicht und gelebt werden.

## Unsere Forderungen

**Zahlbare Krankenkassenprämien:** Neben den Mietkosten sind heute die Krankenkassenprämien die grösste finanzielle Belastung für untere und mittlere Einkommen. Da braucht es dringend Entlastung. Die SP-Prämien-Initiative verlangt, dass die Prämien maximal 10% des Haushaltsbudgets ausmachen dürfen. Um das zu erreichen, sollen die individuellen Prämienverbilligungen erhöht werden.

**Ergänzungsleistungen für Familien:** Um zu verhindern, dass armutsgefährdete Familien Sozialhilfe beanspruchen müssen, braucht es Ergänzungsleistungen für Familien. Wir bekämpfen Kinderarmut!

**Sozialhilfebeiträge erhöhen:** Sozialhilfebeiträge müssen den Menschen ein Leben in Würde ermöglichen. Deshalb setzt sich die SP für eine Erhöhung der Sozialhilfebeiträge ein und stellt sich entschieden gegen deren Kürzung.

**Unterstützungsmöglichkeiten sichtbar machen:** Die Fachstellen (z. B. die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt oder die Fachstelle Kindes- und Jugendschutz) sind wichtig und leisten hervorragende Arbeit. Sie sollen deshalb der breiten Öffentlichkeit durch eine Informationskampagne vermehrt bekannt gemacht werden. Wenn sie sichtbarer werden, sinkt die Hemmschwelle, mit ihnen in Kontakt zu treten.

**Alternative Wohnformen im Alter:** Es braucht neue Wohnformen, insbesondere in der dritten und vierten Lebensphase bzw. nach der Pensionierung. Aktive Prävention und Erhalt von Lebensqualität können so möglichst früh beginnen. Heute reicht die normale Vorsorge für die meisten HeimbewohnerInnen im Alter nicht mehr, über die Hälfte muss regelmässig Ergänzungsleistungen beziehen.

Betreutes Wohnen kann in verschiedenen Formen realisiert werden und so teure Heimkosten einsparen. Es sind vermehrt Familienwohnungen, Grosshaushalte, genossenschaftliche Wohnungen und SeniorInnenwohnungen mit staatlicher Unterstützung (Gemeinde, Kanton) anzubieten. Die Wohnmöglichkeiten müssen auch für Menschen erschwinglich sein, die Ergänzungsleistungen beziehen. Die notwendige Alltagsunterstützung durch die Spitex und durch gemeinnützige Dienstleistungen soll individuell nach Bedarf und kostengünstig erbracht werden.

**Schulergänzende Tagesbetreuung für Chancengleichheit:** Tagesschulen stärken die Chancengleichheit, weil das Entwicklungspotential von Schülerinnen und Schülern weniger stark vom Bildungsgrad und den Unterstützungsmöglichkeiten ihrer Eltern abhängt. Der Zugang zu schulergänzender Tagesbetreuung soll deshalb für alle kostenfrei sein und über unser solidarisches Steuersystem finanziert werden. Zusätzlich braucht es Mittagstisch-Angebote und Nachmittagstrukturen zur flexiblen Unterstützung von Familien und erwerbstätigen Eltern.

**Familienergänzende Betreuung (FEB) für alle:** Es braucht einen Ausbau der familienergänzenden Betreuungsangebote, so dass alle Eltern, die für ihre Kinder einen geeigneten Betreuungsplatz benötigen, einen solchen an ihrem Wohnort finden. Die Betreuungsangebote müssen bezahlbar sein, so dass niemand dazu gedrängt wird, zu Hause zu bleiben, nur weil die Betreuungskosten den gesamten zusätzlichen Lohn wegfressen.

**Mietzinsbeiträge ausbauen:** Für Menschen mit kleinem Einkommen sind die Mietkosten oft ein sehr grosser Anteil ihrer Fixausgaben und stellen für ihr bescheidenes Budget eine übermässige Belastung dar. Mietzinsbeiträge sollen Betroffene zusätzlich finanziell unterstützen.

**Freiräume für die Jugend:** Jugendliche sind einem sehr starken Konsumdruck ausgesetzt. Sie brauchen Orte und Räume, an denen sie sich treffen und entfalten können – sozial, kulturell, künstlerisch, politisch und musikalisch. Im Kanton Baselland gibt es zu wenig Jugendarbeit und Jugendtreffs. Solche Angebote müssen zur Pflichtaufgabe für Gemeinden oder Gemeindeverbände werden.

**Angebote für ältere Menschen:** Kurse und Kontaktmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren erhöhen generell deren Lebensqualität und sollen breit gefördert und unterstützt werden.

**Liberaler Drogenpolitik:** Cannabis soll legalisiert werden. Dies ermöglicht eine Kontrolle des Handels und vereinfacht die Präventionsarbeit.

**Flexiblere Handhabung der Nachtruhe:** Mit der heutigen Handhabung der Nachtruhe wird schon kleiner Lärm als Nachtruhestörung eingestuft. Es braucht am Wochenende flexiblere Richtlinien.

**Mindestlohn für alle:** Der Kanton Baselland setzt sich auf nationaler und kantonaler Ebene für Mindestlöhne und Normal-Arbeitsverträge in allen Branchen ein.